Morgen-Ausgabe. Nr. 216 Freitag, 8. Mai 1936

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 49,7 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens 15 Rpf. (einschl. Abend-Ausgabe)

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 4: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Vorerst kein englischer Schritt in Rom

Die Gesandtschaften bleiben in Addis Abeba

London, 7. Mai.

Reuter meldet, daß eine britische Vorsprache bei der italienischen Regierung wegen Abessinien anscheinend nicht geplant sei. In englischen Regierungskreisen vertrete man den Standpunkt, daß der erste Schritt zur Lösung der verschiedenen schwierigen Fragen, die durch die Besetzung von Addis Abeba entstanden seien, von Italien getan werden müsse.

Außenminister Eden wird am Sonnabend oder Sonntag sich nach Genf begeben, um dort als Vertreter Englands an den Beratungen über den abessinischen Konflikt und die übrigen auf der Tagesordnung stehenden Fragen teilzunehmen. Es gilt als unwahrscheinlich, daß Eden auf dem Wege nach Genf in Paris haltmachen wird.

In englischen Kreisen in London wird zur Zeit lebhaft die Frage nach dem Schicksal der englischen und der übrigen Gesandtschaften in Addis Abeba erörtert. An maßgebender Stelle wird erklärt,

daß die Frage, ob die italienische Regierung als herrschende Macht in Abessinien anerkannt werden soll, noch nicht aufgeworfen sei.

Die letzte Entscheidung hierüber habe der Völkerbund. „Preß Association" beschäftigt sich mit der Frage einer etwaigen Zurückziehung der ausländischen Gesandtschaften. Dieser Agentur zufolge wird in London anerkannt, daß Italien, falls ein solcher Wunsch bestehe, nach Lage der Dinge das Recht habe, um eine Abreise der ausländischen diplomatischen Vertretungen zu ersuchen. In einem solchen Falle würden die Konsulate den Schutz ihrer Staatsangehörigen übernehmen. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß in den letzten Tagen keinerlei Mitteilungen aus Rom über die britischen Rechte in Abessinien eingetroffen seien. Es wird jedoch an eine Aeußerung erinnert, die Mussolini vor einiger Zeit getan habe, und die etwa besage, daß sämtliche britischen Rechte in Abessinien geachtet würden. In diesem Zusammenhang verdient eine Mitteilung Beachtung, die der englische Gesandte in Addis Abeba, Sir Sidney Barton, dem Foreign Office telegraphiert hat. Danach hat Marschall Badoglio dem Diplomatischen Korps in Addis Abeba mitgeteilt, daß er im Augenblick mit dem Verbleiben der ausländischen Gesandtschaften in Addis Abeba einverstanden sei.

Britische Ehrenwache für den Negus

London, 7. Mai.

Nach einer Meldung aus Haifa wird der Negus bei seiner Ankunft in Haifa am Freitagvormittag von einer britischen Ehrenwache empfangen werden. Die aus dem 1. Bataillon des North-Lancashire-Regiments bestehende Wache wird den abessinischen Kaiser mit dem Königssalut begrüßen. Anschließend wird sich der Negus in Begleitung einer britischen Militärwache sofort in einem Sonderzug nach Jerusalem begeben.

Die Behörden in Haifa erklären, daß es dem Negus nicht gestattet sein werde, mit Fremden in Verbindung zu treten, solange er sich unter dem Schutze der britischen Regierung befinde. Bei seinem Eintreffen in Jerusalem werde man ihm jedoch freie Hand gegenüber Pressevertretern geben.

Der Große Rat auf Sonnabend einberufen

Rom, 7. Mai.

Der Faschistische Große Rat ist für Sonnabendabend um 10 Uhr zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden. Sofort im Anschluß wird der Ministerrat zusammentreten. Nach der amtlichen Mitteilung werden die Beschlüsse der beiden Körperschaften dem italienischen Volk unmittelbar nachher vom Balkon des Palazzo Venezia herab verkündet werden. Diese beiden unerwartet einberufenen Sitzungen wird in ganz Italien mit allergrößter Spannung entgegengesehen. Man erwartet, daß der Duce hierbei eine endgültige Entscheidung über das künftige Schicksal Abessiniens treffen wird. Besonders bemerkt wird, daß die Sitzungen des Großen Rates und des Ministerrates am Vorabend von Genf erfolgen.

Mussolini dankt den Frauen Italiens

Rom, 7. Mai.

Vom Balkon Palazzo Venezia hielt Mussolini am Donnerstagabend eine kurze Ansprache an eine Massenversammlung der weiblichen faschistischen Verbände. Die Aufgabe, so führte er u. a. aus, die den Frauen durch den Sanktionsbeschluß von 52 Nationen erwachsen sei, „aus jedem häuslichen Herd eine kleine Festung zu machen, um den Sanktionen Widerstand zu leisten", hätten die Frauen Italiens voll und ganz erfüllt. So gebühre auch ihnen der Dank des Vaterlandes und das ehrende Andenken ihres Vorbildes in der Geschichte des italienischen Volkes.

Hohe Ordensauszeichnung für Mussolini

Der König von Italien hat am Donnerstag Mussolini in Privataudienz empfangen und ihm das Großkreuz des Militärordens von Savoyen verliehen.

„Der deutsche Friedensplan – eine große Gelegenheit"

Aussprache im englischen Oberhaus

London, 7. Mai.

Im englischen Oberhaus fand am Donnerstag eine Aussprache über die Frage der Völkerbundsreform statt. Der die Aussprache einleitende Arbeitervertreter Lord Ponsonby fragte die Regierung, ob sie dem Völkerbund eine grundsätzliche Revision des kollektiven Sicherheitssystems vorschlagen wolle. Die gegenwärtige Auffassung der kollektiven Sicherheit sei vollkommen überlebt. Sie sei weder kollektiv, noch sei es eine Sicherheit. Der Artikel 16 müsse aus den Völkerbundssatzungen entfernt werden. Bemerkenswerterweise forderte Lord Ponsonby die Aufhebung der Sanktionsmaßnahmen, die keine wären, und stellte sich damit in Widerspruch zu der Auffassung der arbeiterparteilichen Unterhausfraktion. Er erklärte, daß die Sanktionen keinen Sinn mehr hätten, nachdem der Krieg gegen Abessinien zu Ende sei.

Lord Lothian schloß sich dem Einwand Lord Ponsonbys gegen den Begriff der kollektiven Sicherheit an. Er sei stets der Auffassung gewesen, daß die kollektive Sicherheit die Völkerbundsgrundsätze gefährde. Sie habe die Meinung verstärkt, daß der Völkerbund eine Zwangsanstalt sei, während es doch sein Zweck sein sollte, ein Mittel zur Aenderung unbefriedigender Zustände zu sein. Nach seiner Ansicht sei

der Völkerbund als Idee nicht zusammengebrochen, zusammengebrochen sei vielmehr der in den Artikeln 10 und 16 enthaltene Grundsatz, daß die Völkerbundsmitglieder eine allgemeine automatische Verpflichtung übernehmen, jeder gewaltsamen Aenderung des Statusquo durch Methoden Widerstand zu leisten, die nur durch das Mittel des Krieges wirksam gemacht werden könnten.

Je früher es sich England klarmache, daß es diese unbegrenzte Verpflichtung nicht einhalten wolle, um so eher könnte sich die Diplomatie den wirklichen Friedensproblemen in der Welt zuwenden.

Der konservative Lord Rennell erklärte ebenfalls, daß der kollektive Sicherheitsbericht in seiner jetzigen Form erledigt sei und daß der Völkerbund reformiert werden müsse. Das Haupthindernis, das der europäischen Einigkeit und in großem Maße der Wirksamkeit des Völkerbundes im Wege gestanden habe, sei das beinahe unüberwindliche Mißtrauen zwischen Frankreich und Deutschland. Wenn Frankreich und Deutschland auf eine Linie gebracht und das gegenseitige Vertrauen wieder hergestellt werden könnte, dann würde jene starke Solidarität in Europa zustande kommen, die die westliche Zivilisation und den wirtschaftlichen Wiederaufschwung sichern würden.

Das englische Volk habe sich endgültig dafür entschieden, daß die vom deutschen Kanzler als Grundlage eines 25jährigen Friedens und einer freundschaftlichen Zusammenarbeit vorgebrachten Vorschläge eine große Gelegenheit bieten, deren Ablehnung beklagenswert wäre. Diejenigen, die zu einem Besuch Deutschlands Gelegenheit gehabt hätten, hätten einen großen Eindruck von der neuen Demokratisierung Deutschlands und der neuen sozialen Einigkeit davongetragen, die Hitler zustande gebracht habe.

Er glaube, daß das englische Volk bereit sei, die ausgestreckte Hand zu ergreifen. Auch in Frankreich gäbe es eine große und wachsende Anzahl von Menschen, die in freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland leben wollen. In Deutschland sei kaum ein Mensch vorhanden, der dies nicht auch wünsche. Der Deutsche wünsche nichts von Frankreich als guten Willen und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Das französische Volk wünsche nur die Sicherung des Friedens.

Die englische Garantie für Frankreich sei unverletzbar und erwecke keine Befürchtungen in Deutschland. England, so schloß Lord Rennell, habe eine große Rolle als Vermittler zu spielen und versuche, eine Versöhnung herbeizuführen.

Der italienische Landwirtschaftsminister Rossoni, der im Ruhrgebiet mehrere Werke besichtigte, traf am Donnerstagnachmittag in Düsseldorf ein und besuchte das Institut für Eisenforschung.

Der Geburtenanstieg reicht nicht aus

Dem deutschen Volke droht eine Gefahr, die viele nicht sehen wollen oder nicht in ihrer ganzen Bedeutung erfassen können. Wenn man Gesprächen über bevölkerungspolitische Dinge, wie Eheschließungen und Geburtenzahlen, zuhört, so kann man oft die Meinung hören, daß es mit dem Schlagwort vom „sterbenden Volk" im nationalsozialistischen Staate nun ein für allemal vorbei sei, daß sich die Geburtenkurve in unaufhaltsamem Anstieg nach oben bewege und daß wir mit begründeter Zuversicht den nächsten Jahrzehnten unserer bevölkerungspolitischen Entwicklung entgegensehen könnten; dank dem entschlossenen Eingreifen der neuen Staatsführung, dank Ehestandsdarlehen und Kinderbeihilfen brauche man sich nun also keine Sorgen mehr darüber zu machen, ob der Bestand unseres Volkes gesichert ist. So wird denn auch von jungen Eheleuten die Ansicht vertreten, daß ihr Beitrag zur Erhaltung des Volksbestandes „noch nicht fällig" sei, da der Geburtenanstieg ja „ausreiche".

In diesem völlig falschen und unangebrachten Optimismus liegt eine außerordentlich große Gefahr, die zu verkennen sich einmal bitter rächen würde. Es ist nicht damit getan, daß der Staat alle Mittel in Bewegung setzte, die der Erhaltung und Mehrung des Volksbestandes dienen können. Es kommt darauf an, daß sich jeder Volksgenosse, den es angeht, daß sich vor allem jedes junge Ehepaar des tiefen Ernstes dieser Dinge bewußt wird und alle falschen Ansichten hierüber schnellstens berichtigt. Die Gefahr des sterbenden Volkes ist eben noch nicht gebannt, sie besteht nach wie vor, nur hat die seit drei Jahren erzielte Besserung einen Schleier über den noch immer besorgniserregenden Tatbestand gelegt. Wohl ist die bevölkerungspolitische Lage heute günstiger als bei Kriegsende, wo der Geburtenzahl vom Jahre 1900, die über zwei Millionen betrug, nur noch knapp eine Million Neugeborene gegenüberstanden, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Bevölkerungszahl des Reiches um die Jahrhundertwende fast um zehn Millionen niedriger war. Wäre die Entwicklung von 1918 weitergegangen, so würde es im Jahre 1980 nur noch 40 Millionen Reichsdeutsche geben. Dem tatkräftigen Einsatz der nationalsozialistischen Regierung allein ist es zu verdanken, wenn diesem katastrophalen Absinken ein Riegel vorgeschoben wurde. Sie hat alles getan, was die Staatsführung tun konnte, und mit berechtigter Genugtuung darf darauf verwiesen werden, daß in den Jahren 1934 und 1935 520 000 Kinder mehr geboren wurden, als bei Fortdauer des Zustandes von 1932/33 geboren worden wären. Diese Steigerung der Geburtenziffer beträgt 30 v. H., zur Erhaltung des jetzigen Bestandes unseres Volkes aber ist eine Steigerung von 45 v. H. erforderlich. Wir haben also die grundlegende Feststellung zu treffen, daß selbst bei einem weiteren Anhalten dieser gehobenen Geburtenfreudigkeit nicht einmal der Bestand der Nation erhalten, geschweige denn gesteigert werden kann.

In Wirklichkeit liegen die Dinge aber noch weit schwieriger. Denn der Erzielung einer auf dem Stande von 1935 sich bewegenden Geburtenkurve stehen unüberwindlich erscheinende Hindernisse im Wege. Waren es bisher immer noch die in der Vorkriegszeit geborenen Jahrgänge, die den Weg zum Standesamt antraten und die den Förderungsmaßnahmen des Staates einen so beachtlichen Erfolg ermöglichten, so treten von nun ab die wesentlich schwächeren Kriegsjahrgänge in das heiratsfähige Alter. Zuerst wird sich diese Dezimierung bei den Mädchen bemerkbar machen, bald aber wird auch die Zahl der jungen Männer, die imstande sind, eine Familie zu begründen, immer geringer werden. Die durch den Krieg verursachte Abnahme an Heiratsfähigen beträgt nicht weniger als 50 bis 60 v. H. gegenüber der Zahl der vor 1914 Geborenen. Damit ist die große bevölkerungspolitische Einbuße, mit der wir jetzt rechnen müssen, gekennzeichnet. Darüber darf auch nicht die verhältnismäßig gut gehaltene Bevölkerungszahl hinwegtäuschen, denn bekanntlich weist die Alterspyramide des deutschen Volkes einen durchaus ungesunden Wuchs auf: sie ist an der Grundlage, also bei den jüngeren Jahrgängen, zu schmal, und in der Spitze, und das sind die Jahrgänge über 50 Jahre, zu breit. In zunehmendem Maße wird diese Ueberalterung die nachrückenden schwachen Jahrgänge belasten, denn in irgendeiner Form müssen die Jüngeren einmal für den Unterhalt der großen Zahl von Menschen über 65 Jahren eintreten. Das aber erscheint nur möglich bei einer gleichzeitigen Ver-

Heute: Der D. N.-Kraftfahrer
Seite 9